

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 39/39
Telex: 08 86 846 pabn d

Inhalt

Dietrich Stobbe, Regie-
render Bürgermeister von
Berlin, analysiert ge-
sellschaftspolitische und
entspannungspolitische
Hoffnungen nach dem polni-
schen August 1980: Eine
Zukunft für Osteuropa.
Seite 1-3

Lothar Schwartz sieht den
Kandidaten Strauß, auch
bei Polen Augenmaß und
Selbstkontrolle verlieren:
Zynisches Spiel.
Seite 4

Egon Lutz MdB stellt Be-
merkungen zu den jüngsten
Arbeitsmarktzahlen an:
Konjunktur allein reicht
nicht mehr.
Seite 5/6

Klaus von Dohnanyi MdB
zieht eine Bilanz aus dem
EVP-Kongreß in Köln: Strauß
ist isoliert.
Seite 7

Hans de With MdB würdigt
den 100. Geburtstag von
Hans Nawiasky: Ein kon-
servativer Rechtswissen-
schaftler.
Seite 8/9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 812-1

35. Jahrgang / 168

3. September 1980

Eine Zukunft für Osteuropa

Gesellschaftspolitische und entspannungspolitische Hoffnungen
nach dem polnischen August 1980

Von Dietrich Stobbe
Reglierender Bürgermeister von Berlin

Wir alle haben Erleichterung und Freude empfunden, als am
Wochenende die Nachrichten eintrafen und sich bestätigten:
In Polen haben die streikenden Arbeiter und die Staatsfüh-
rung sich geeinigt. Mit Erleichterung: Einfach, weil es gut
gegangen ist, weil nicht geschossen wurde, weil keine aus-
ländische Einmischung die Einigung verhinderte. Und mit
Freude, weil die Vereinbarung, sofern sie von der Regierung
erst genommen und eingehalten werden, den Polen ein großes
Stück mehr Freiheit und Selbstbestimmung bringen. Höchsten
Respekt verdient die Besonnenheit der polnischen Arbeiter,
die den Kampf um ihre Rechte mit einem klaren Blick für das
in dieser Situation Erreichbare geführt haben.

Die Einigung in Polen fordert uns, über unsere ersten
Reaktionen und Gefühle hinaus, zu grundsätzlichen Nachden-
ken über das Geschehene auf. Der polnische August 1980 kann
zu einem Datum geschichtlichen Einschnitts werden, zu einem
historischen Modell, das den Völkern Osteuropas eine hoff-
nungsvollere Zukunftsperspektive eröffnet. Kern dieses Mo-
dells wäre: Der sogenannte reale Sozialismus erweist sich
als wandlungsfähig. Damit meine ich - gesellschaftspolitisch
gesprochen: Die kommunistische Ökonomie und Führungsstruk-
tur erlaubt ein Mehr an Freiheit, an Demokratie, an Plurali-
tät, ohne in ihrer Kernsubstanz zusammenzubrechen beziehungs-
weise ohne mit Waffengewalt wiederhergestellt werden zu müs-
sen. Machtpolitisch gesprochen: Es gibt einen Mittelweg zwi-
schen satrapenhafter Imitation sowjetischer Führungsstruktur
und dem Automatismus bewaffneter Intervention. Die östli-
che Bündnistreue eines Landes kann außer Zweifel stehen,
während es gleichwohl "seinen eigenen Weg zum Sozialismus"
geht. Entspannungspolitisch gesprochen: Beide Säulen der



Entspannungspolitik, Anerkennung des kräftepolitischen Status quo und friedlicher Wandel, stehen nicht etwa in tendentiellem Widerspruch, sondern ergänzen und fördern einander.

1. Gewerkschaft und freiheitliche Gesellschaftsverfassung

- Der polnische August lehrt uns, wie fundamental Gewerkschaften mit Freiheit, mit Durchsetzung und Garantie freiheitlicher Gesellschaftsverfassung zu tun haben; und er legt die Vermutung nahe, daß freie gewerkschaftliche Organisation speziell für Staaten der ökonomischen und sozialen Struktur Osteuropas den richtigen Weg zum Durchbruch, zu Reformen bezeichnet. Die Stettiner und Danziger Vereinbarungen haben die Form einer Magna Charta freier Gewerkschaften. Ganz falsch erschien mir darum, die im engeren Sinne "politischen" Vereinbarungen - Aufhebung der Zensur, Garantie der Meinungsvielfalt für die Medien unter anderem - gegenüber den "bloß gewerkschaftlichen" Forderungen besonders hervorzuheben. Sie kommen vielmehr gleichsam erst auf dem Rücken der unmittelbar-materiellen, der gewerkschaftlichen Forderungen daher. Das erst gibt ihnen ihre Kraft und Durchsetzungsfähigkeit - ebenso wie den Intellektuellen, als deren Ideen sie entstanden: Polen 1980, Wirklichkeit jenes so oft geträumten Wunsches, es möchten die siegreichen Arbeiter sein, die den Intellektuellen die Gefängnistore öffnen. Grundlage aller Reformen und durchgesetzten Freiheitsrechte ist das Vermögen der Arbeiter, sich selbst zu organisieren - zunächst, durch die spontane Tat und vorübergehend, in den Streikkomitees; nunmehr, als durchgesetzte Forderung und dauerhaft, eben in der unabhängigen Gewerkschaft.

All dies kann uns übrigens daran erinnern, welche entscheidenden Eckpfeiler unabhängige Gewerkschaft und Streikrecht auch in unserer freiheitlichen Demokratie darstellen. Die Stabilität auch unserer gesellschaftlichen Machtverteilung ist nicht vom Himmel gefallen, sondern hat erkämpft werden müssen; und sie muß, ich verweise nur auf den jüngsten Anschlag gegen die Montanmitbestimmung, auch immer wieder neu verteidigt werden. Genau aus diesem Grunde spreche ich auch jenen, die hierzulande gegen den "Gewerkschaftsstaat" zu Felde ziehen, das moralische Recht ab, den polnischen Arbeitern Beifall zu klatschen,

- zweiter Aspekt: Polens Arbeiter haben ganz eigentlich einen neuen Contrat Social, einen Gesellschaftsvertrag erkämpft; und auch dies erscheint mir als ein ganz charakteristischer, wegweisender Schritt in eine bessere Zukunft der kommunistischen Staaten. Die Arbeiter haben sich gegenüber dem Staat in die Position eines Vertragspartners zu bringen vermocht, und materielle Lebensbedingungen, ebenso aber Grundsätze der Gesellschaftsordnung nach Art eines Tarifvertrages geregelt. Natürlich hängt das damit zusammen, daß in Polen Arbeitgeber und Staatsgewalt identisch sind - ein Grundsatz, an dem die Arbeiter ausdrücklich nicht haben rütteln wollen. Das muß dazu führen, daß - wenn einmal Gewerkschaften und Tarifverhandlungen da sind - die Verträge einen gleichsam gesellschaftsvertraglichen Charakter bekommen, der in Ländern privatkapitalistischer Struktur in diesem Ausmaß nicht möglich ist.

Entscheidend bleibt, daß durch die Bildung unabhängiger Gewerkschaften und ihre Position als Vertragspartner gegenüber dem Staat das Machtronopol des Staates beziehungsweise der Partei aufgehoben, der Mythos von der Interessenidentität von Arbeitgebern und Arbeitnehmern als erpreßte Versöhnung durchschaut ist. Dies ist ein erster Schritt zur Verteilung der Macht, zur Pluralität gesellschaftlicher Kräfte, wie sie eine materielle Grundvoraussetzung der Freiheit ist.

Ob nun auch in einem Land wie Polen der Schritt zu der in unserer Geschichte der Arbeiterbewegung zweiten Säule, zur politischen Partei, notwendig ist, bleibt eine nachdenkenswerte Frage. Sicher muß es letztlich Ziel sein, daß der Gewerkschaft der politisch repräsentierte Wille ihrer eigenen Mitglieder als Sozialpartner gegenübertritt. Allein, die polnischen Arbeiter haben unmißverständlich erklärt, daß ihre Ge-



werkschaft nicht die Rolle einer politischen Partei einnehmen soll, und wir sollten hier einfach unsere Zunge hüten. Maximale Lösungen sind aufgrund der übernationalen Machtverhältnisse auf absehbare Zeit nicht möglich und sollten darum von niemandem zu laut gewünscht werden. Nein, das wirkliche Novum ist doch, daß es jetzt in Polen nicht mehr um alles oder nichts gehen muß, sondern schrittweises Vorgehen überhaupt erst möglich wird: Die Vertragspartnerschaft zwischen Arbeitern und Staat, und der (fortschreibbare) Gesellschaftsvertrag bieten endlich ein Modell, den Weg der schrittweisen Reformen zu institutionalisieren. Denn Reformen, hier wie - spezifisch anders - dort, sind der einzig gangbare Weg nach vorne. Jetzt aber sind in Polen Reformen möglich geworden.

2. Entspannungspolitische Aspekte:

Die Einigung in Polen ist wesentlich auch ein Erfolg der Entspannungspolitik. Denn ohne diese Politik, ohne das Ausmaß an Entspannung, das unter maßgeblicher Beteiligung der Bundesregierungen seit 1969 für die Völker Europas erreicht worden ist, wäre der Spielraum der polnischen Parteiführung gegenüber der sowjetischen Sicherheitspolitik zu eng gewesen, um den Forderungen der Arbeiter durch einen Kompromiß entgegenzukommen. Blutige Unterdrückung - wie schon einmal in Polen vor zehn Jahren, wie, schrecklicher noch, in Prag 1968 und Ungarn 1956 - wäre, wie in zwanghafter Automatik, die Folge gewesen. Wenn es diesmal nicht so kommt, dann ist das wahrhaft eine Frucht der Entspannungspolitik.

Es ist darum töricht, die Ereignisse in Polen als Scheitern unserer Entspannungskonzeption zu deuten, wie dies seit Wochen von Stimmen aus dem konservativen Lager verkündet wird. Begründet wird diese Einschätzung so: Entspannungspolitik stütze oder stabilisiere die Regimes in den sozialistischen Ländern. Wenn aber eines dieser Regimes vom eigenen Volk in die Knie gezwungen werde, dann habe die Entspannungspolitik doch aufs falsche Pferd gesetzt. Es ist der strategische Fehler dieses Denkens, Auseinandersetzungen wie jene in Polen gleichsam als Kräfteessen ohne Randbedingungen zu beurteilen. In Wahrheit steht Polen genauso wie vor zehn Jahren im Interesseengefüge des Ost-West-Verhältnisses, und vor allem unter der Gefahr der sowjetischen Intervention. Daher mußte unsere Solidarität den polnischen Arbeitern gehören. Das haben wir von der ersten Stunde an deutlich gemacht. Aber ebenso mußten wir hoffen, die Parteiführung werde die Krise überleben, um unterhalb der sowjetischen "Interventionsschwelle" einen Kompromiß abschließen zu können. Die Alternative zu Gierk wäre die blutige Niederschlagung des Streiks gewesen. Die polnischen Arbeiter, die mit dem Generalstreik zögerten, haben größere politische Weisheit gezeigt als Herr Strauß, der auf dem Höhepunkt der Krise die polnische Führung frontal angriff.

Polen lehrt, daß Entspannungspolitik das beste Mittel ist, den Status quo zu mehr Freiheit und Demokratie hin zu verändern. Wie oft haben uns im vergangenen Jahrzehnt rechte Kritiker (und übrigens auch weit links stehende, der verstorbene Rudi Dutschke zählte zu ihnen) vorgeworfen, unsere Politik zementiere gerade den Status Quo und mache uns zu Komplizen jenes Regimes. So war Entspannungspolitik nie zu verstehen. Sie sollte von Anfang, indem sie den Status Quo erst einmal anerkannte, jene Entkrampfung bewirken, jenen Spielraum schaffen, in dem Bewegung zum Besseren erst entstehen kann. Das schon legendär gewordene Wort "Wandel durch Annäherung" steht für diese Absicht ein. Entspannung bedeutet ja auch, daß die bestehenden Verhältnisse nicht mehr mit der gleichen Brutalität zusammengehalten werden können wie unter den Bedingungen des Kalten Krieges, daß auch die Sowjetunion "etwas zu verlieren hat", wenn sie mit Gewalt interveniert. Mag diese auf Veränderung auch im Osten gerichtete Dimension der Entspannungspolitik in der täglichen Routine manchem Beobachter aus den Augen gekommen sein: Die Einigung in Polen scheint zu beweisen, daß auch sie ihre Früchte trägt. Gerade weil ganz offenkundig ist, daß sich die Bundesrepublik Deutschland nicht in die Vorgänge in Polen eingemischt hat, dürfen wir auch offen sagen: Die Entspannungspolitik von Willy Brandt und Helmut Schmidt hat mit dazu beigetragen, die Bedingungen dafür zu schaffen, daß sich die Polen heute einen neuen Gesellschaftsvertrag ohne jede äußere Einmischung geben konnten.

(-/3.9.1980/ks/ca)

+ + +



Zynisches Spiel

Strauß verliert auch bei Polen Augenmaß und Selbstkontrolle

Von Lothar Schwartz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Der CSU-Vorsitzende und Kanzlerkandidat Strauß hat im Deutschen Fernsehen den unfreiwilligen, aber schlüssigen Beweis geliefert, daß ihm politisches Augenmaß und Selbstkontrolle endgültig abhanden gekommen sind: In einer Diskussion der Parteivorsitzenden wurde ihm am letzten Montagabend - wie zuvor den anderen Teilnehmern Willy Brandt, Hans-Dietrich Genscher und Helmut Kohl - eine Frage nach der Einschätzung der Vorgänge in Polen gestellt. Die Kernsätze seiner Antwort lauteten: "Herr Brandt, Sie können doch nicht leugnen, daß Ihre Partei in Schicksalsfragen der deutschen Politik gespalten ist. Hier nützen alle verbalen Beschwörungen oder phraseologischen Kunststücke nichts. Denn daß ein Teil Ihrer Partei - und nicht nur die Jungsozialisten - mehr oder minder gegen die Atlantische Allianz sind, gegen die Bundeswehr sind, zum Teil sich in wahren Haßorgien gegen die Vereinigten Staaten, aber auch gegen die Bundeswehr äußern, das kann ich Ihnen hier mit Zitaten belegen..."

Erst durch eine Annäherung des Gesprächsleiters Emil Obermann konnte der enthemmte Wahlkämpfer auf das gestellte Thema festgenagelt werden. Der Ordnungsruf bewirkte allerdings nichts anderes, als eine grobschlächtige polemische Aufarbeitung der schwerwiegenden und bewegenden Ereignisse an der Weichsel.

Hier wurde in wenigen Minuten offenkundig, wie sehr Herr Strauß der Kampf der polnischen Arbeiter für ihre Rechte und Interessen am Herzen liegt. Aufschluß darüber hatte - weniger spektakulär und massenwirksam - schon am 19. August 1980 ein in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" wiedergegebenes Gespräch mit dem Kandidaten Strauß vermittelt: Dort hatte der CSU-Vorsitzende die kategorische Kondition formuliert, daß finanzielle Hilfen für Polen nur gewährt werden sollten, wenn die 16 Forderungen des Streikkomitees der polnischen Arbeiter voll erfüllt würden. Gleichzeitig sagte er der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) nach deren Text: "Die kritische Schwelle für die Sowjetunion, an der sie sich 'gezwungen sehen' könnte, sich in Polen aktiv einzuschalten, liegt nach der Überzeugung des CSU-Vorsitzenden Strauß dort, wo aus den einzelnen Streikaktionen ein, wie Strauß sagte, 'Flächenbrand' zu werden drohe."

Dieses zynische Spiel mit dem Schicksal von Menschen, denen unser Volk und erst recht seine demokratischen Politiker eine besondere Verantwortung schulden, läßt in Verbindung mit der geschilderten Fehlleistung des Fernsehwahlkämpfers Strauß die Schlussfolgerung zu; daß dem Kandidaten der christlich etikettierten Opposition die Entwicklung in Polen nicht in sein kaltschnäuziges Kalkül paßt.

Womit wir beim Thema der Verantwortung für den und der Fähigkeit zum Frieden wären!
(-/3.9.1980/ks/ca)

+ + +



Konjunktur allein reicht nicht mehr

Bemerkungen zu den jüngsten Arbeitsmarktzahlen der Bundesanstalt für Arbeit

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Probleme des Arbeitsmarktes der SPD-Bundestagsfraktion

Eine sich weiter abschwächende Konjunktorentwicklung und die noch andauernde Ferienzeit in einigen Bundesländern bestimmen das Bild des bundesdeutschen Arbeitsmarktes für den Monat August 1980.

Die Zahl der Arbeitssuchenden stieg im Berichtszeitraum um 11.400 oder 1,3 Prozent auf 864.500 an. Da sind 65.700 mehr als im Vorjahr.

Die neue Quote lautet 3,7 Prozent; identisch mit der des Vormonats.

Die Zahl der arbeitslosen Männer nahm im August um 3.500 oder 0,9 Prozent zu. Sie übertraf damit den Vorjahresstand um 12,3 Prozent. Quote: 2,7 Prozent oder 389.500. Bei den stellungsuchenden Frauen verzeichnet die Bundesanstalt einen Zugang von 7.900 oder 1,7 Prozent auf 475.000. Damit liegt die jetzige Quote bei 5,3 Prozent.

Die weiterhin schleppende und vorsichtige Personalpolitik vieler Unternehmen ließen die Nachfrage nach Arbeitskräften weiter abflachen. Einerseits ging der Bestand an offenen Stellen um 11.100 oder 3,3 Prozent zurück, andererseits verzeichnen die Arbeitsmarktexperten einen geringeren Neuzugang an Arbeitsplätzen. Gegenüber dem Vorjahr glatte 19 Prozent weniger.

Bei den sogenannten Problemgruppen des Arbeitsmarktes zeigt sich eine Trendstabilisierung: Bei den Jugendlichen unter 20 Jahren wird deutlich, daß dort die ruhigere Kräfte nachfrage und die geburtenstarken Jahrgänge für eine Zunahme um 4.400 oder 5,7 Prozent sorgten. Ende August waren 81.800 Jugendliche arbeitslos gemeldet. Das entspricht einer, gemessen am Vorjahr, Zunahme von 13,7 Prozent.

Dennoch blieb die Quote von 3,6 Prozent knapp unter dem Gesamtdurchschnitt.

Erfreulich dagegen die Situationsentwicklung der über 59jährigen. Die Zahl verringerte sich geringfügig um 0,5 Prozent auf 64.400. Im Vergleichsmonat des Jahres 1979 lag sie immerhin um sechs Prozent oder 3.600 höher.

Die arbeitslosen Schwerbehinderten zeigen eine nahezu unveränderte Quote von plus 0,1 Prozent oder 68.100 Arbeitssuchenden. Den entsprechenden Vorjahresstand übertrifft sie aber immer noch um 6.200 oder zehn Prozent.



Zusammenfassend läßt sich für die Problemgruppen feststellen, daß dort trotz der schwachen Wirtschaftsentwicklung eine offensichtliche Stagnationsphase eingetreten ist. Sicherlich ist dies nicht zuletzt den Bemühungen um eine gesetzliche Verbesserung der Situation in der Vergangenheit zuzuschreiben.

Die berufliche Teilarbeitsmärkte spiegeln logischerweise das Bild des Gesamtarbeitsmarktes wieder:

- o Die im Metall- und Elektrogewerbe sich schon im Juli abzeichnende Abschwächung hielt im August an. Die Zahl der Arbeitslosen stieg um 2.400 oder 2,1 Prozent auf 117.300. Damit liegt sie aber immer noch um 10,1 Prozent über dem vergleichbaren Vorjahresstand.
- o In den Bauberufen erhöhte sich die Quote geringfügig auf 24.500. 500 Stellungs-suchende mehr wurden im August gemeldet. Das sind immer noch 7.900 mehr als im August des Vorjahres.
- o Im Bereich der Büro- und Verwaltungsberufe ist der Anteil der Arbeitslosen kaum zurückgegangen. Er nahm lediglich um 1.100 oder 0,5 Prozent ab. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme um 3,1 Prozent.

Erwähnenswert erscheint die Entwicklung im Industriebundesland Nummer eins Nordrhein-Westfalen. Dort lag das Ferienende zu Beginn des Berichtsmonats. Die Bundesanstalt meldet nun von dort einen Rückgang der Arbeitslosenquote von 3,1 Prozent.

Es wäre allerdings Sommerträgheit das Problem des zunehmenden Anstiegs der Arbeitslosenquote nur mit der Reisefreudigkeit der Bundesdeutschen zu erklären.

Noch immer sind die Bremsbacken der Konjunktur - die Leitzinsen der Bundesbank - fest angezogen. Nur zögernd werden im Bereich der Sparzinsen Zugeständnisse gemacht, während seit geraumer Zeit Wirtschafts- und Arbeitsmarktexperten nach einer Korrektur der Hochzinspolitik rufen.

Durch die Verschleppung notwendiger Entscheidungen wird eine wirtschaftspolitische Trägheit immer deutlicher: Nur zögernde Investitionspolitik des Bundes und der Unternehmen sorgt für eine sparsame Nachfrage nach personeller Unterstützung; dementsprechend auch nur eine mehr oder weniger schleppende Entwicklung der privaten Konsum- und Investitionstätigkeit.

Arbeitsmarktpolitisch kann deshalb für die Zukunft nur gefordert werden:

1. Senkung der Leitzinsen durch die Bundesbank und
2. Initiativen zur allgemeinen Senkung der Arbeitszeit. (-/3.9.1980/ks/ca)

+ + +



Wenig Lust zu Europa -----

Der EVP-Kongreß in Köln zeigte: Strauß ist isoliert

Von Klaus von Dohnanyi MdB
Staatsminister im Auswärtigen Amt

Daß sich Politiker in Wahlkämpfen gerne mit - möglichst regierenden - Parteifreunden aus anderen Ländern zeigen, ist üblich und nichts Ungewöhnliches. Was aber an dem Kölner EVP-Kongreß bemerkenswert bleibt, war die erkennbare Isolierung, in der sich die Unionsparteien und insbesondere Franz Josef Strauß selbst im Kreise der europäischen Parteifreunde befindet.

Ein aktuelles Beispiel: Der belgische EVP-Vorsitzende Tindemans wurde am Rande des Kongresses vom Deutschlandfunk gefragt, ob er Kredite für Polen wie von Strauß und Kohl gewünscht an Bedingungen knüpfen würde. Seine entwaffnende Antwort: Das wäre "nicht sehr menschlich, würde ich sagen". Sogar Tindemans steht damit näher bei Schmidt und Genscher als bei Strauß. Wie übrigens auch die neun Regierungen in der Europäischen Gemeinschaft und Präsident Carter. Sie alle sind für Hilfe für Polen.

Bezeichnend für den europapolitischen Zustand der Unionsparteien war auch das, was nicht gesagt wurde: Mit keinem Wort gingen die deutschen Hauptredner des von der CDU/CSU als großes europapolitisches Ereignis angekündigten EVP-Kongresses auf die wirklichen Probleme der Europäischen Gemeinschaft ein. So sehr sich EVP-Fraktionsvorsitzender Egon Klepsch auch mühte, in seinem Arbeitsbericht europapolitische Erfolge der EVP an den Mann zu bringen, so wenig waren Helmut Kohl und Franz Josef Strauß zu inhaltlichen Äußerungen zur Europäischen Gemeinschaft zu bewegen.

Dafür hatte Strauß wieder einmal seinen Lieblingspopanz von der angeblichen Entfremdung zwischen Europa und Amerika auf, um dann vor den Gefahren dieser angeblichen Entwicklung "beschwörend zu warnen". Schon die Tatsache, daß 1980 buchstäblich jeden Monat mindestens einmal sich entweder Bundeskanzler Schmidt mit dem amerikanischen Präsidenten getroffen hat oder der Bundesaußenminister seinen amerikanischen Kollegen gesehen hat, widerlegt den bayerischen Ministerpräsidenten.

Im übrigen weiß jeder, daß es im atlantischen Bündnis seit seinem Bestehen einen Dialog zwischen Europa und Amerika gegeben hat. In diesem Dialog gab es immer wieder Nuancen zwischen den Auffassungen der USA und mancher deutscher Politiker, wenn sich auch wohl selten ein deutscher Bundeskanzler und ein amerikanischer Präsident so fern gestanden haben wie etwa Adenauer und Kennedy und wenn es auch nie zu Zeiten sozialdemokratischer deutscher Regierungschefs zu einem regelrechten Handelskrieg zwischen Europa und Amerika gekommen ist wie im "Hähnchen-Krieg" 1962/63.

Daß Strauß von den Problemen der Dritten Welt, die in den Reden Lecanquets oder des italienischen Christdemokraten Piccoli fast die Hälfte der Zeit einnahmen, nichts wissen will, ist nicht neu. Daß das Wort "Abrüstung" in der ganzen Rede des "realistischen Entspannungspolitikers" Strauß kein einziges Mal vorkam, ist zwar bezeichnend, doch kaum noch überraschend.

Damit wird auch klar, warum Strauß wohl den Satz, Europa solle mit einer Stimme in der Welt sprechen, zur Verblüffung seiner Zuhörer aus seinem Manuskript wieder gestrichen hat: Im Einklang mit der Stimme von Strauß können nämlich nicht einmal mehr seine eigenen Parteikollegen aus Europa sprechen.



Ein konservativer Rechtswissenschaftler

Zum 100. Geburtstag von Hans Nawiasky

Von Dr. Hans de With MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz

Am 24. August 1880, also vor 100 Jahren, wurde Hans Nawiasky geboren. Wenn wir aus diesem Anlaß seiner gedenken, so würdigen wir zunächst den akademischen Lehrer und dessen wissenschaftliches Werk. Bis heute ist Hans Nawiasky einer der klassischen Theoretiker des Bundesstaates. Das schon in der Zeit der Weimarer Republik als Standardwerk geltende Lehrbuch "Bayerisches Verfassungsrecht" von 1923 ist der Ausgangspunkt der von ihm geschaffenen Werke, deren Reihe sich über die 1925 entstandene Schrift "Grundprobleme der Reichsverfassung" und über die "Staatstypen der Gegenwart" von 1934 zu den 1950 erschienenen "Grundgedanken des Grundgesetzes" und den fünf Bänden seiner "Allgemeinen Staatslehre" erstreckt.

Doch Hans Nawiasky war nicht nur Theoretiker. Seine wissenschaftliche Fruchtbarkeit entsprang vielmehr seinem stetigen Kontakt mit der politischen Praxis. Er war vor 1933 lange Jahre hindurch juristischer Berater der Regierung des Freistaates Bayern, die er auch 1932 vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig vertrat, als es um die Rechtmäßigkeit der Absetzung einer Landesregierung durch das Reich ging. Und von 1928 bis 1930 wirkte Nawiasky in der Konferenz der Länder zur Vorbereitung der Reichsreform mit.

Nawiaskys Wirken als Professor an der Universität München wurde 1933 jäh unterbrochen. Wie Gerhard Anschütz, wie Gustav Radbruch - um nur diese zu nennen - verlor er durch das sogenannte Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums seinen Lehrstuhl. Er emigrierte in die Schweiz, um fortan an der Hochschule in St. Gallen zu lehren. Dennoch behielt Hans Nawiasky auch hier die deutschen Dinge in den Augen. Mitten im Krieg und lange vor dem Ende des Nationalsozialismus wirkte er mit an der Gestaltung des neuen Deutschland. Besonders für Bayern wichtig wurde seine Zusammenarbeit mit einem Mann, der gleichfalls vor dem Nationalsozialismus in die Schweiz emigriert war: mit Wilhelm Hoegner.

Wilhelm Hoegner hatte schon lange vor Kriegsende darüber nachgedacht, wie ein neues Deutschland und vor allem ein neues Bayern nach dem Sturz des Dritten Reiches



zu gestalten sei. Schon im Schweizer Exil hatte er begonnen, die Grundzüge einer Gesetzgebung für Bayern auszuarbeiten, er bat Hans Nawiasky um dessen juristische Mitarbeit. Hoegner bezeichnete die unter Mitarbeit von Nawiasky ausgearbeiteten Entwürfe einmal als "das geistige Gepäck", mit dem er aus der Emigration nach Deutschland zurückgekehrt sei. Es mag der im Exil begonnenen Zusammenarbeit der beiden Männer mit zu danken sein, daß Hoegner Nawiasky später als staatsrechtlichen Berater in den Verfassungsausschuß der Verfassungsgebenden Landesversammlung berief, die eine neue bayerische Konstitution ausarbeiten sollte. Den Beratungen dieser Konferenz lag ein von Hoegner selbst ausgearbeiteter Entwurf zugrunde. Nawiasky nahm in der Folge auf die Gestalt und den Inhalt der neuen Verfassung wesentlichen Einfluß. Die heutige Verfassung des Freistaates Bayern ist mit sein Werk. Nawiasky und Hoegner: Wenn auch ihr Verhältnis nicht immer spannungsfrei war, so bleibt doch eindrucksvoll zu sehen, wie zwei Männer ganz unterschiedlicher Tendenz -- der Sozialdemokrat Hoegner und der eher konservative BVP-Mann Nawiasky -- im Ringen um das gemeinsame Ziel ihre Kräfte verbinden konnten. Ihnen ging es darum eine staatliche Ordnung zu schaffen, die vor allem eines sein wollte: ein Gegenbild zum Staat des Nationalsozialismus, der die Welt in den Krieg gestürzt hatte und dessen menschenverachtender Zynismus Millionen von Menschen einfach die Lebensberechtigung, ja das Menschsein abgesprochen hatte. Im Kampf gegen den Nationalsozialismus hatten sich beide Männer freilich schon vor 1933 bewährt: Über Hoegner ist an dieser Stelle nicht zu handeln -- Nawiasky hatte schon 1931 im Mittelpunkt der von nationalsozialistischen Studenten angezettelten Münchner Universitätskrawalle gestanden. Nawiasky hatte nicht nachgegeben: Allen Störungsversuchen zum Trotz hielt er seine Vorlesungen ab.

Hans Nawiasky war auch unter denen, die im Verfassungskonvent von Herrenchiemsee die Grundzüge der neuen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland diskutierten. Sein Buch über die "Grundgedanken des Grundgesetzes" war eines der ersten Werke, die sich wissenschaftlich mit der neuen Verfassung auseinandersetzten, es sollte damit für lange Zeit bestimmend werden für die Literatur des neuen deutschen Staatsrechts.

Man kann sagen: In der Person und im Werk Nawiaskys wird ein Streiter für Demokratie und Föderalismus sichtbar, dessen wir uns zu erinnern haben. Deshalb ist es umso bedauerlicher, daß die CSU den Gedenktag dieses konservativen Rechtsgelehrten vergessen hat. Wir haben die Männer und Frauen zu nennen, die mitgebaut haben an der neuen staatlichen Ordnung, die ein Wiederaufleben der Zustände von 1933 bis 1945 für immer verhindern sollte. Daher gilt Nawiasky heute unser Gedanken und unser Dank.

(-/3.9.1980/ks/ca)

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

